

## **AG Existenzsicherung / Regelleistungen**

Diskutiert wurden einerseits die grundsätzlichen Probleme der Existenzsicherung und andererseits mögliche Aktionen für deren Verbesserung.

Für die Existenzsicherung bilden die Regelleistungen sowie die Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU) die beiden Hauptsäulen. Außerdem spielen beim Alg II weitere Kosten (z.B. für außergewöhnliche Bedarfe, Gesundheitsleistungen, Mobilität) eine wichtige Rolle. Unsere wesentliche Forderung ist eine sehr deutliche Erhöhung des Eckregelsatzes von derzeit 359 € auf 440 € bzw. 500 €. (Forderungen zur KdU: siehe AG KdU)

Die Existenzsicherung für Menschen ohne Erwerbsarbeit kann nicht losgelöst werden von der Existenzsicherung für erwerbstätige Menschen. Bei der Regelsatzdebatte muss immer die Mindestlohndiskussion mitgeführt werden. Wir wollen die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns von 7,50 € bzw. 10,00 €

Die Existenzsicherung mit und ohne Erwerbsarbeit wirft viele Probleme im Detail auf, die noch weiter diskutiert werden müssen (siehe Anlage).

Das wichtigste ist, dass wir öffentlich wahrnehmbar für eine bessere Existenzsicherung eintreten und dazu möglichst viele Erwerbslose und Erwerbstätige gewinnen können. In diesem Jahr soll das u.a. an folgenden Tagen geschehen:

- 9.2. Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Alg II (Karlsruhe)
- 20.3. Demonstrationen in Essen und Stuttgart
- 1.5. DGB-Kundgebungen zum 1. Mai
- 9.5. Landtagswahl in NRW
- 12.6. Demo in Berlin
- 17.10. Weltarmutstag der Vereinten Nationen
- 30.10. Weltspartag (lokale Aktionen)

Wir wollen unsere Themen bzw. Forderungen für eine bessere Existenzsicherung an den jeweiligen Tagen und darüber hinaus und möglichst gut bemerkbar machen.

Außerdem ist das Jahr 2010 von der EU zum Jahr der Armutsbekämpfung und Integration/Einbeziehung ausgerufen worden. Unsere Themen sollten wir auch in diesen Kontext stellen. Es geht um die Beteiligung Aller am Reichtum und die Benennung der Verantwortlichkeiten für die Finanz- und Wirtschaftskrisen.

Am 9.2. sollen in Karlsruhe sowie jeweils vor Ort Aktionen gemacht werden. Auch am 8.2. könnte mit Aktionen auf Antragsfristen aufmerksam gemacht werden. Orte des Protestes sollen nicht die Job-Center, sondern Orte, die für die politische Verantwortung stehen, sein.

### **Einzelne Fragen zur Existenzsicherung**

Der Regelsatz muss stets an die Inflationsrate angeglichen werden.

Benachteiligungen bei der Gesundheit führen zu einem höheren Vorsorge- und Behandlungsbedarf.

Mobilitätskosten müssen mindestens in Höhe des Sozialtickets bzw. des kostengünstigsten ÖPNV-Tarif einbezogen werden.

Die Rechtsstaatlichkeit muss tatsächlich gewährleistet und nicht durch Kostenbarrieren blockiert werden.

Statt der 1-€-Jobs brauchen wir mehr öffentlich geförderte Beschäftigung.

Wir brauchen mehr realisierbare Möglichkeiten statt Erniedrigung und Gängelung durch die Armutsverwaltung.

Soll das sozio-kulturelle Existenzminimum nach einem Warenkorbmodell und/oder im Vergleichsverfahren (Statistikmodell) ermittelt werden?

Es darf nicht sein,

- dass Armut bei Kindern und Jugendlichen zu Bildungsmängeln führt;
- dass der Alg-II-Bezug zu Hunger- und Niedriglöhnen führt;
- dass überhaupt nicht genügend existenzsichernde Erwerbsarbeit zur Verfügung steht;
- dass Armut im Erwerbstätigenalter zu Altersarmut, zu lebenslanger Armut lang, führt.